

Farbstoff nicht minder. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist das Symbol derjenigen geworden, die unter anderen Umständen und geänderten Verhältnissen, als unter Wilhelm II. auch äußerlich das Aussehen wollen, was durch die Mithilfe und die Mitarbeit der Sozialdemokratie politisch erreicht worden ist.

Eine verführte Jungfrau will nicht an ihre schwache Stunde erinnert werden. Die deutsche Bourgeoisie möchte die Zeit ausmerzen, wo sie sich um die SPD geschart hat. Sie fühlt sich stark genug, daß nun die SPD-Führer, die Kleinbürger, sich um sie zu scharen beginnen. Die schwarz-weiß-rote Fahne soll die geänderten Verhältnisse symbolisieren. Sie soll besonders den großen Teilen des Kleinbürgertums, die durch Deutschlands Niederlage um ihre Stellungen gebracht worden sind, wiederum die Hoffnung geben, daß es nun, wo der deutsche Imperialismus um seine Weltgeltung zu kämpfen beginnt, wieder Offiziersstellen, wieder Beamtenstellen, wieder Kolonien, wieder Handel und Wandel geben wird.

Aber all das auf dem Boden der bürgerlichen Republik. Es gibt keine Partei des Bürgertums, die ernsthaft eine Aenderung der staatlichen Machtverhältnisse fordern würde. Wir zitierten neulich über diese Frage das Organ der Deutschen Volkspartei, die Tagesliche Rundschau. Wir können jetzt einen neuen Beleg bringen. Die deutsch-nationale Deutsche Tageszeitung bespricht in einem Leitartikel den bevorstehenden deutsch-nationalen Parteitag in Königsberg und erklärt nachdrücklich, daß „dort der Wille zu positiver staatspolitischer Mitarbeit nachdrücklich zum Ausdruck gekommen ist“. Also ein unbefränktes Bekenntnis zur Republik. Und einige Zeilen weiter schreibt dieses Blatt in Anspielung auf eine mögliche „nationale Opposition“ eindeutig: „Es ist selbstverständlich, daß die rein parteipolitische, die nur auf stimmungsmäßigen Beifall eingestellte Politik im Rahmen einer Koalition gewisser Modifikation bedarf, daß das Gemeinsame, das Positive, im Vordergrund steht gegenüber dem Trennenden und dem Negativen.“ Man muß den Deutsch-nationalen zugestehen, daß sie ihre Politik wirklich „modifiziert“ haben und jetzt mit beiden Füßen auf dem Boden der bürgerlichen Republik stehen.

Welches Gesicht gewinnt angesichts dieser Sachlage der Flaggenstreit zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot? Geht hier der Kampf um die Staatsform: daß die einen die Monarchie und die anderen die Republik wollen? Reineswegs. Beide „Lager“ stehen auf dem Boden der bürgerlichen Republik, nur daß ein Teil der Bourgeoisie mit der Flagge schwarz-weiß-rot seine Niederlage verzeihen und seinen imperialistischen Machtwillen auch symbolisch andeuten möchte, während der andere Teil, besonders die kleinbürgerlichen Parteien, die SPD inbegriffen, gerade mit der Flagge schwarz-rot-gold seine Anhänger am besten für die schwarz-weiß-rote Republik zu sichern glaubt. Der Flaggenstreit ist eine innere Angelegenheit der bürgerlichen Parteien, die sie auf dem Boden der bürgerlichen Republik ausfechten.

Welche kann daher die Stellung des Proletariats zu dieser Frage sein? Sie ergibt sich aus der Stellung zur bürgerlichen Republik. „Es kann sich für uns (die Arbeiterschaft, die Red.) nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern um seine Vernichtung, nicht um Verminderung der Klassengegenstände, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen.“ Diese Marx-Worte zeigen den Weg. Die Arbeiterschaft gehört keiner der bürgerlichen Flaggen ein „Vorzugsrecht“. Ob Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold, beide sind Symbole der bürgerlichen Republik, d. h. der letzten bürgerlichen Staatsform, wo „der Klassenkampf definitiv ausgefochten ist“. Die Fahne des proletarischen Klassenkampfes ist rot. Am das rote Banner werden sich die werktätigen Millionenmassen Deutschlands scharen und unter diesem Zeichen werden sie gegen die bürgerliche Republik, für die proletarische Staatsform, für die Diktatur der Arbeiterschaft durch die Räte kämpfen.

So entziffert das Proletariat die von der Bourgeoisie und der SPD bewußt geheim geführte Flaggenprache.

Gegen den Portowucherminister

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Schögle

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag gegen den Reichspostminister Schögle eingebracht, weil er den Reichstagsbeschluss, daß von jeglicher Erhöhung der Postgebühren Abstand zu nehmen sei, mißachtete und 4 Wochen später im Verwaltungsrat der Reichspost eine neue Gebührenerhöhungsvorlage zur Beschlußfassung unterbreitet hat, die dann auch angenommen wurde.

Die Leipziger Schulen geschlossen

Leipzig, 21. Sept. Der Rat hat in seiner gestrigen außerordentlichen Plenarsitzung beschlossen, die Herbstferien für die höheren Schulen, die höheren Berufsschulen, die Berufsschulen, Volksschulen, die gewerblichen und die privaten Schulen bereits am Donnerstag den 22. September beginnen zu lassen. Die Zustimmung des Volkshilfungsministeriums, die zur Inkraftsetzung dieses Beschlusses notwendig war, ist inzwischen eingegangen. Gestern Abend hat sich auch das Stadtverordnetenkollegium mit der Frage der Schließung der Leipziger Schulen befaßt. Kurz und bündig erklärte Stadtschulrat Professor Stahl, daß die Leipziger Schulen von morgen ab geschlossen seien. Ein Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion, der das gleiche Ziel hatte, ist dadurch erledigt. Die Schließung der Schulen erfolgt, was der Rat in seiner Mitteilung verspricht, wegen der bedauerlichen Ausbreitung, die die spinale Kinderlähmung in Leipzig angenommen hat, von der seit 1. August d. J. in Leipzig und Umgebung 84 Personen ergriffen worden sind, darunter 20. September gestorben; weitere Zahlen liegen noch nicht vor. Die Stadtverordneten haben zu der gleichen Angelegenheit beschlossen, an alle Eltern Flugblätter auszugeben, in denen das Wesen der spinalen Kinderlähmung beschrieben wird, ihre Erkennungszeichen, die Art der Behandlung Erkrankter, und in der alle Maßregeln genannt werden, die zu treffen sind, um einer weiteren Verbreitung der Krankheit vorzubeugen, die allerdings jetzt, nachdem die Schulen geschlossen sind, nicht mehr so sehr zu fürchten sein wird.

Die spinale Kinderlähmung ist eine sehr tödliche Krankheit. Sie wirkt ansteckend. Wie die Ansteckung erfolgt, ist nicht mit Genauigkeit zu sagen. Es treten zuerst Erscheinungen auf, wie

Keine Abberufung Katowitsch

Moskau, 20. September.

Zweijtsch schreibt, es bestehe keinerlei Veranlassung, Katowitsch als „persona ingrata“ (diplomatischer Ausdruck für „unerwünschte, nicht genehme Person“) für Frankreich zu erklären. Das Blatt betont, daß die Erklärungen, die die französische Regierung auf amtlichem Wege erhielt, Anlaß gegeben hätten, den Zwischenfall als erledigt zu betrachten. Die bisherige Rolle Katowitsch in den französisch-sowjetrussischen Verhandlungen mache ihn zu der geeignetsten Persönlichkeit zur Führung der sehr verantwortungsvollen Verhandlungen. Nach Gründen für eine Abberufung Katowitsch zu suchen, heiße daher, einen völlig unbegründeten Konflikt schaffen.

Ekonomischeskaja Schijn schreibt, in Paris sei man sich ohne Zweifel klar darüber, daß ein Bruch mit der Sowjetunion die Stellung Deutschlands in Osteuropa gefestigt hätte, wenn es die politischen Beziehungen zur Sowjetunion aufrechterhalten hätte. In den Vereinigten Staaten würde dieser Bruch als Annäherung zwischen Frankreich und England aufgefaßt werden, und zwar als Annäherung in dem Augenblick der besonderen Zuspitzung der englisch-amerikanischen Gegensätze. Es würde kaum in der Absicht der französischen Politiker liegen, in den Hauptfragen der Weltpolitik ihre Solidarität mit London gegenüber Washington besonders zu betonen.

Die Hege gegen Katowitsch

Moskau, 20. September.

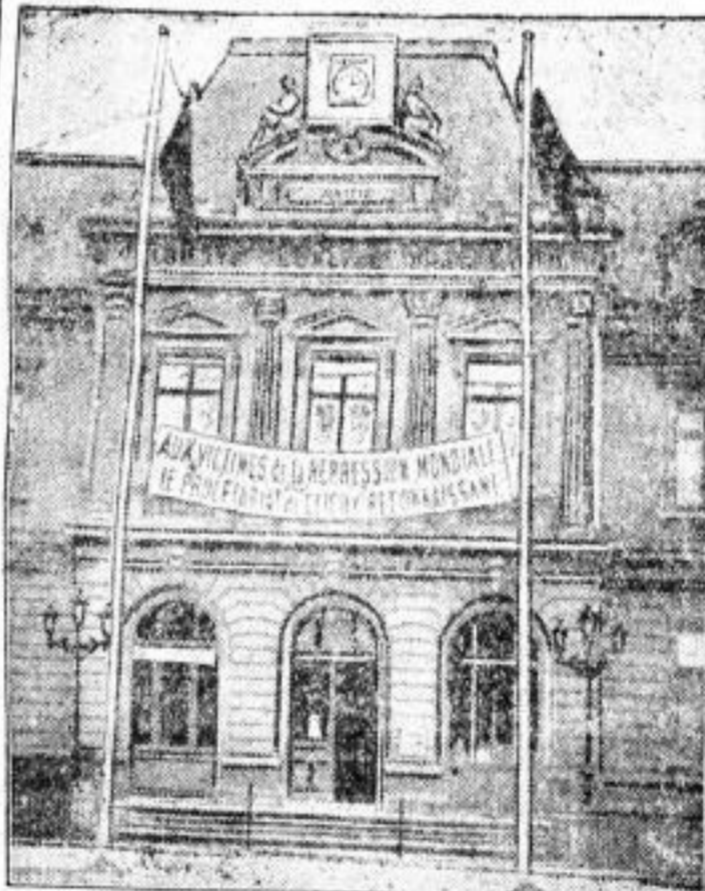
Die Prawda schreibt, daß die fortwährende Hege-Kampagne für die Abberufung Katowitsch von der Absicht eines gewissen Teiles der französischen Presse zeugt, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zur Berücksichtigung der schon einmal geltend gemachten Forderungen zu zwingen. Dies beweist, daß die Anhänger der Hege-Kampagne die Waffen noch nicht niedergelegt haben und die französische Öffentlichkeit von neuem zu erregen beabsichtigen. Die Prawda hofft, die französische Öffentlichkeit werde diese Renouveau erkennen und entschieden gegen die Erpressung auftreten.

Die französische Hegekampagne

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die bürgerliche Presse berichtet, daß sofort nach dem entscheidenden Ministerrat am Sonnabend Briand dem französischen Botschafter in Moskau, Derbette, Instruktionen gegeben ließ, daß dieser der Sowjetregierung nachlege, daß die Abberufung Katowitsch von der französischen Regierung begrüßt würde.

Das rote Rathaus in Elisch.



Anläßlich des Aufmarsches der amerikanischen Rätehelfer in Paris und der Gegendemonstration der Kommunisten hat die kommunistische Stadtratsmehrheit in dem Arbeiterbezirk Elisch das Rathaus rot beflaggt und einen Plan in Sacco- und Vanzetti-Platz umbenannt. Auf dem Transparent am Rathaus stand: „In Gedenken der Opfer der Weltunterdrückung. Das Proletariat Elischs.“

Frankreich sei bereit, den russischen Vorschlag auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes anzunehmen. Verhandlungen darüber könnten aber unter den augenblicklichen Umständen nicht beginnen. Ausland müsse erstens Katowitsch abberufen, zweitens müsse es ausgehen, daß es sich in die inneren Angelegenheiten einmischen habe, drittens müsse es Entgegenkommen zeigen in der Frage der russischen Vorkriegsschulden.

Die Abrüstungsomödie

Die Kompromißresolution angenommen — Fristlose Vertagung der Abrüstungskonferenz

Genf, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Der belgische Senator Brouquere legte gestern der dritten Kommission der Völkerbundversammlung eine Resolution vor, die von der Unterkommission des Abrüstungsausschusses ausgearbeitet wurde und die die deutsche, französische und holländische Resolution zu einer gemeinsamen vereinigt. In der Kompromißresolution heißt es nicht mehr, wie von deutscher Seite vorgeschlagen wurde, daß die Abrüstungskommission noch vor der 9. Völkerbundversammlung, sondern so schnell wie möglich einberufen werden solle. Das bedeutet eine fristlose Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Den deutschen und englischen Einmäandern wird insofern Rechnung getragen, daß die Abrüstungskonferenz unabhängig von weiteren Sicherheitsgarantien einberufen werden kann. Den französischen Wünschen trägt die Resolution Rechnung, indem sie die Einsetzung einer neuen Kommission vorschlägt, die prüfen soll, inwieweit noch weitere Sicherheitsgarantien erfüllt werden können. In den Empfehlungen zu dieser Resolution kommen dann die aus dem Genfer Protokoll bekannten französischen Forderungen zum Vorschein. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, damit Sonderverträge vom Völkerbund gefördert und zur Annahme gebracht werden. Die Mitgliederstaaten des Völkerbundes sollen durch geeignete Maßnahmen veranlaßt werden, die sich aus dem Völkerbundstatut ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Ferner sollen die Mitgliederstaaten Verträge untereinander abschließen, in denen die Völkerbundsverpflichtungen verzeichnet werden durch gegenseitige Vereinbarungen, die sich auf den Fall beziehen können, wenn in einer bestimmten Anzahl ein Konflikt ausbricht. Diese letzte Bestimmung ist ein Hinweis auf die französischen Wünsche und die Behauptung eines französischen militärischen „Düsses“ durch den Völkerbund. Ergänzt wird die Bestimmung durch die Aufforderung an jede Regierung, dem Völkerbund mitzuteilen, welche Land-, Marine- und Luftstreitkräfte in einem Konfliktfall dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden können. Die Beschlüsse gehen also offensichtlich über die Ausführungsbestimmungen zum Kriegsartikel 16 des Völkerbundstatuts hinaus.

Der Resolutionsentwurf fand im Hauptsaal einstimmige Annahme. Man erblüht darin teilweise einen Erfolg des deutsch-englischen Standpunktes, obwohl den französischen Forderungen ebenfalls teilweise Rechnung getragen wurde.

Jürgens fordert 30 000 Mark Entschädigung

Berlin, 22. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Der Justizverbrecher Jürgens hat einen Schadenerspruch von 30 000 Mark an den preussischen Staat eingeklagt. Die 30 000 Mark sollen als Entschädigung dafür dienen, daß ihm durch die Anklage wegen Meineids, Verjährungsverzugs usw. dieier Schaden entstanden sei.

Wer zweifelt wohl noch, daß die frechen Forderungen des Justizverbrechers Jürgens nicht erfüllt werden?

Amnestie

nur für Hochbahnbanditen

Melchior, 22. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Schwurgericht wurde am Dienstag gegen den ehemaligen Leutnant Penzinger wegen vorläufiger Tötung verhandelt. Als Gerichtsschlichter beim schwebenden Freikorps Kehl hatte er im Nahgebiet die Erschießung von 2 deutschen Gefangenen ohne Gerichtsverfahren angeordnet. Das Gericht verurteilte die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Amnestieverlasses.

Herabsetzung der Ortszuschläge für Beamte

Berlin, 21. Sept. (Eigener Drahtbericht.)

Heute fanden im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen der besetzten und besetzt gewesenen Gebiete über die Frage des Abbaues der örtlichen Sonderzuschläge statt. Das Reichsfinanzministerium vertritt den Standpunkt, daß bei der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter die Orts-Sonderzuschläge eine Herabsetzung erfahren müssen. Dies hat nicht nur für die besetzten Gebiete Bedeutung, wo die örtlichen Sonderzuschläge zum Teil 15 Prozent betragen, sondern bedeutet auch für die Beamtenchaft des übrigen Reiches, daß die Besoldungserhöhung zum größten Teil illusorisch gemacht wird.

Der Berliner Straßenbahnertamp

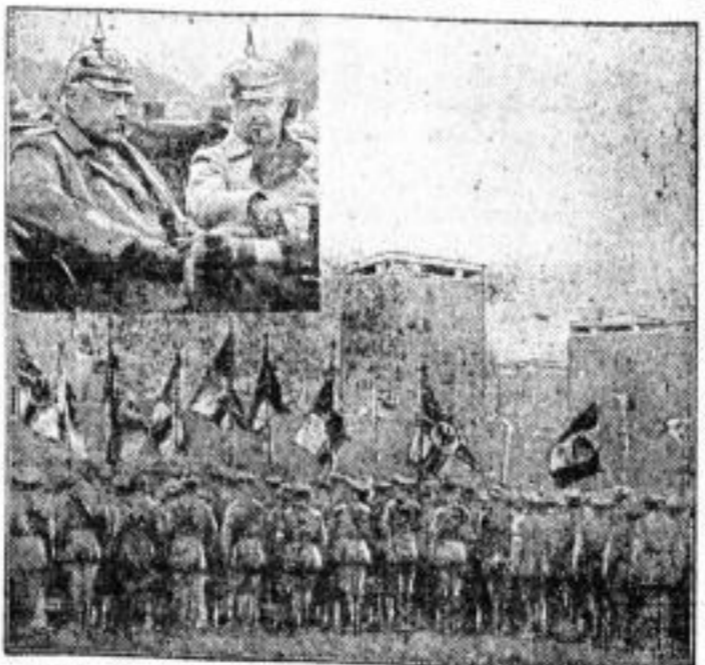
Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.)

In den beiden letzten tagenden Vollversammlungen der Berliner Straßenbahner wurde der Verbandsvorstand des Schlichters fast einstimmig abgelehnt, trotzdem sich die Vertreter des Deutschen Verkehrsverbundes für die Annahme einsetzten. Die Entscheidung über den Streit wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche stattfinden.

Spyonageprozess in Leningrad

Moskau, 21. September.

Gestern begann in Leningrad der Prozess gegen fünf monarchistische Terroristen und Spione. Die Unterlehung hat festgestellt, daß die Angeklagten einer monarchistischen Gruppe des ehemaligen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch angehören. Die Gruppe wurde von einem Gehilfen von Nikolai Nikolajewitsch, dem ehemaligen General Ruzewitsch, geleitet, der zum englischen Geheimdienst enge Beziehungen hatte. Die Agenten Ruzewitsch wurden mit Hilfe des Geheimdienstes Finnlands, Lettlands und Polens nach der Sowjetunion beordert. Zusammen mit anderen Mitgliedern der Organisation überschritten sie die Sowjetgrenze und teilten sich in zwei Gruppen. Die eine Gruppe, die in Leningrad blieb, führte die bekannte Explosion im Gewerkschaftsklub herbei. Die zweite begab sich nach Moskau, wo sie den misslungenen Versuch machte, die Räume der Staatlichen Politischen Verwaltung in die Luft zu sprengen. Neben dem Terror waren die Monarchisten auch damit betraut, geheime militärische Auskünfte zusammenzutragen, wobei sie vom englischen Geheimdienst, der ihnen Beistand leistete, Weisungen erhielten. Einige der Terroristen flüchteten, andere wurden jedoch bei einer Schießerei mit der Miliz und mit den Agenten der Staatlichen Politischen Verwaltung getötet. Balmasoff, Soff, Strojnew, Samolow und Aderkas wurden vor Gericht gestellt.



Lannenberg-Kammel — Hindenburg bei seinen Getreuen.